Protest, Rechtfertigung und Enthaltung

Die Umsetzung des Zuwanderungs-Artikels polarisiert bis zur Schlussabstimmung

Protest im Nationalratssaal. Die meisten SVP-Vertreter halten Plakate hoch, die das Schlussergebnis als «landesverräterisch» bezeichnen. Foto Keystone

Von Beni Gafner, Bern

Ein aussergewöhnlicher Gesetzgebungsprozess hat gestern in einer ebenso aussergewöhnlichen Schlussabstimmung einen Schlusspunkt gefunden: Nochmals alle Fraktionen meldeten sich zu Wort, bevor die Abstimungsknöpfe gedrückt wurden. Offenbar befürchtet man auch im Bundeshaus, es könnte eines Tages zu weiteren ungewöhnlichen Reaktionen kommen – beim Stimm- und Wahlvolk. So wollten alle nochmals festhalten, worum es der eigenen Fraktion geht.

Adrian Amstutz (SVP) hielt FDP und SP erneut den Spiegel vor: «Mit der Nichtumsetzung des von Volk und Ständen beschlossenen Auftrages der eigenständigen Steuerung begeht das Parlament einen in dieser Form wohl einmalig dreisten Verfassungsbruch.» Die Bilanz nach fast drei Jahren Auftragsverweigerung der Bundesrats- und der Parlamentsmehrheit sei himmeltraurig. «Die von FDP-Architekten entworfene und – wie man gestern hören konnte – sogar mit Brüssel abgesprochene Gesetzesruine ist nichts anderes als eine Kapitulation vor der EU, eine für das Schweizervolk demütigende Unterwerfungserklärung.» Vom Volksauftrag bleibe nichts, weder eine eigenständige Steuerung noch Höchstzahlen und Kontingente, noch würden der Familiennachzug und die Sozialleistungen beschränkt. «Und der Inländervorrang wird gar zu einem Arbeitslosen- und Ausländervorrang umfunktioniert.»

Pfister begründet Enthaltung

Mit dem vorliegenden Verfassungsbruch werde unsere Demokratie mit Füssen getreten. Es sei ein schwarzer Tag für dieses Land. «Dieses von der SP getriebene, aber von FDP-Leuten angeführte, fast landesverräterische Vorgehen der Parlamentsmehrheit, dem die CVP-Fraktion mit einer heuchlerischen Stimmenthaltung ebenfalls noch zum Durchbruch verhilft, ist an Demokratieverachtung nicht zu übertreffen.» Bei diesen letzten Bemerkungen von Fraktionschef Amstutz wurde es laut im Saal, weil die linke Ratsseite ihrem Unmut Luft verschaffte.

Die CVP habe seinerzeit gegen diese Masseneinwanderungs-Initiative (MEI) gekämpft, hielt CVP-Präsident Gerhard Pfister fest. Sie habe den Entscheid des Stimmvolks aber akzeptiert und versucht, diesen umzusetzen. Bei der jetzt vorliegenden Umsetzung fehle nun aber der vom Volk gewollte migrationspolitische Ansatz. «Es handelt sich faktisch um einen migrationspolitisch wirkungslosen Arbeitslosenvorrang, der auf Stellensuchende jeglicher Herkunft fokussiert. Massnahmen werden nur dann ergriffen, wenn in der Schweiz eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit herrscht. Aktuelle Statistiken beweisen aber, das dies derzeit nicht der Fall ist, ergo kommt das Gesetz nicht zur Anwendung, wird die Zuwanderung nicht gesteuert, wird der Volkswillen nicht umgesetzt.»

Derweil werde die Wirtschaft ohne Not mit weiteren Regulierungen belastet und der Standort Schweiz weiter geschwächt. Die Stimmenthaltung seiner Fraktion begründete Pfister in der Folge so: «Die CVP ist der Ansicht, dass der Volkswille mit dieser Vorlage nicht umgesetzt wird. Es braucht aber jetzt einen Entscheid, wenn wir Horizon 2020 und das Kroatien-Protokoll nicht gefährden wollen.»

Das Gesetz könne die CVP nicht unterstützen, sie könne es aber aus den genannten Gründen auch nicht ablehnen. In einer Motion verlangt sie nun ein Monitoring über die Wirkung des Umsetzungsgesetzes. Falls sich zeige, sagte Pfister, dass das Gesetz weitgehend wirkungslos bleibe, solle der Bundesrat weitere arbeitsmarktliche Massnahmen oder Abhilfemassnahmen unterbreiten.

Vom Druck der EU befreien

Für Ignazio Cassis (FDP) ist es demgegenüber gelungen, unter Zeitdruck einen praktikablen Weg zu finden. «Wir setzen die Masseneinwanderungs-Initiative eigenständig um und befreien uns vom Druck der EU, rasch ein institutionelles Rahmenabkommen abzuschliessen. Die Frist von drei Jahren schwebte wie ein Damoklesschwert über der Schweiz, schwächte unsere Verhandlungsposition und machte uns erpressbar. Damit ist heute Schluss.» Zudem sichere sich die Schweiz mit einer Umsetzung, die kompatibel sei mit der Personenfreizügigkeit, die beschlossene Ratifizierung des Kroatien-Protokolls und somit die Teilnahme am Forschungsprogramm Horizon 2020.

Auch Roger Nordmann verteidigte für die SP das Vorgehen: Die sogenannte Masseneinwanderungs-Initiative verlange nicht die Kündigung der bilateralen Verträge, sondern nur deren Anpassung. Während der Abstimmungskampagne vor dem 9. Februar 2014 habe die SVP immer wieder gesagt, dass die Initiative das Fortbestehen der bilateralen Verträge nicht bestreite. Hätte die SVP gesagt, dass die Masseneinwanderungs-Initiative den Verzicht auf die bilateralen Verträge impliziert, hätte sie wohl die Abstimmung verloren, mutmasste Nordmann gestern. Der Volkswille ergebe sich nicht nur aus einer Abstimmung, sondern aus einem Gesamtbild.

Fünf FDPler enthalten sich, Anita Fetz entschuldigt

Bern. Die Gesetzesänderung zur Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative hat der Nationalrat gestern mit 98 zu 67 Stimmen bei 33 Enthaltungen angenommen, der Ständerat mit 24 zu 5 Stimmen bei 13 Enthaltungen. Der Stimme enthalten hatten sich die CVP-Vertreter beider Räte (siehe Text oben) sowie die Nationalräte Thierry Burkart (FDP, AG), Benoît Genecand (FDP, GE), Hans Grunder (BDP, BE), Walter Müller (FDP, SG) und Hans-Peter Portmann (FDP, ZH) und die Ständeräte Andrea Caroni (FDP, AR) und Werner Luginbühl (BDP, BE). Aus der Region stimmten Thomas de Courten (SVP, BL), Sebastian Frehner (SVP, BS) und Sandra Sollberger (SVP, BL) dagegen. Für die Gesetzesänderung stimmten Sibel Arslan (BastA!, BS), Christoph Eymann (LDP, BS), Maya Graf (GPS, BL) Beat Jans (SP, BS), Susanne Leutenegger Oberholzer (SP, BL), Eric Nussbaumer (SP, BL), Silvia Schenker (SP, BS) und Daniela Schneeberger (FDP, BL). Elisabeth Schneider-Schneiter (CVP, BL) folgte ihrer Fraktion und enthielt sich der Stimme. Im Ständerat blieb Anita Fetz (SP, BS) der Abstimmung entschuldigt fern, Claude Janiak (SP, BL) stimmte dafür. SDA/lam

ANZEIGE

BaZ.Standpunkte

«Ein Beruf schafft sich ab», schrieb BaZ-Chefredaktor Markus Somm nach den Präsidentschaftswahlen in den USA – und zielte damit auf die Journalisten, die einen Sieg von Hillary Clinton vorausgesagt hatten. Sein Fazit: Es gebe unter Journalisten keinen Wettbewerb der Meinungen mehr. Stimmt das? Hat der Politjournalismus die Bodenhaftung verloren? Welchen Einfluss haben die sozialen Medien?
In der Sendung «Basler Zeitung Standpunkte» diskutieren Politologin Regula Stämpfli, Nationalrat Matthias Aebischer, Politologe Michael Hermann und Michael Bahnerth, Mitglied der Chefredaktion Basler Zeitung.
Moderation: Markus Prazeller.

Hat der Politjournalismus ausgedient?

Regula Stämpfli
Politologin

Matthias Aebischer
Nationalrat SP, BE

Michael Hermann
Politologe

Michael Bahnerth
Textchef Basler Zeitung

Hat der Politjournalismus ausgedient?

Sonntag, 18. Dezember 2016,
13.10 Uhr auf *SRF1*
18.25 Uhr auf *SRFinfo*

Samstag, 24. Dezember 2016,
17.05 Uhr und 16.05 Uhr auf *SRFinfo*

Im Internet nach der Erstausstrahlung unter www.standpunkte.bazonline.ch

PRESSE TV
Basler Zeitung